

Sehr geehrter Herr Urbach,
hiermit zeige ich an, dass ich meine Frau XXXXXXXX XXXXXXXX,51429 Bergisch
Gladbach, anwaltlich vertrete.

Wir wenden uns an Sie, als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach, mit
folgendem Anliegen:

Meine Frau hat die Neuausstellung ihres Personalausweises beantragt und
die Mitteilung erhalten, dass dieser zur Abholung bereit liege.

Am 21.10.2019 hat meine Frau gegen 12:30 Uhr das Bürgerbüro in Bergisch
Gladbach aufgesucht. Vor ihr war eine Warteschlange von mehr als 25
Personen. Am heutigen Tage, dem 22.10.2019, habe ich gegen 12:00 Uhr das
Bürgerbüro aufgesucht um den Ausweis vertretungsweise abzuholen. Ich habe
die Nummer 121 gezogen. Aufgerufen waren die Nummern 87,88. Nach 1 Stunde
habe ich das Bürgerbüro aufgesucht und stellte fest, dass die Aufruftafel
die Nummer 96 anzeigte. Damit konnte ich es nicht ausschließen, dass meine
Wartezeit nochmals mehr als 1 Stunde dauern würde.

Als Anwalt kann ich es mir wirtschaftlich nicht leisten solch lange
Wartezeiten auf mich zu nehmen. Auch meiner Ehefrau ist diese Wartezeit
nicht zumutbar, da sie in meiner Kanzlei mitarbeitet und ihr Ausfall für
mich nicht hinnehmbar ist.

Daher stelle ich den Antrag, mir Terminvorschläge zukommen zu lassen, an
denen meine Frau und ich die Möglichkeit haben, den Ausweis abzuholen und
keine unzumutbaren Wartezeiten in Anspruch nehmen müssen.

Aus unserer Sicht kann es nicht richtig sein, dass einerseits die
Verpflichtung besteht, sich auszuweisen, aber der Bürger für die Abholung
dieses notwendigen Papiers, sich in einer für ihn nicht mehr zumutbaren
zeitlichen Warteschlange einreihen muss. Ich kann mich noch an Zeiten
erinnern, da konnten Ausweispapiere ohne große Wartezeiten bei der
Rezeption des Bürgerbüros unmittelbar abgeholt werden.

In Deutschland kenne ich Kommunen in der gleichen Größenordnung wie
Bergisch Gladbach, bei denen ein solches Problem nicht auftaucht.

Mit freundlichen Grüßen

XXXXXX XXXXXXXX

Rechtsanwalt und Steuerberater

Kopie: Bitte weiterleiten an den Ausschuss für Anregung und Beschwerden;
mit dem Antrag, bürgerfreundlichere Organisationsstrukturen in dem
Bürgerbüro zu evaluieren.